5.5 Der restaurative Staat und seine Gegenkräfte



Zug auf das Hambacher Schloss am 27. Mai 1832. Kolorierte Federlithografie von 1832.

- Wartburgfest: Die deutschen Burschenschaften erinnern an die Reformation und an die Völkerschlacht bei Leipzig
- Karlsbader Beschlüsse: Die Burschenschaften werden verboten, eine zentrale Überwachung der Universitäten und die Vorzensur eingeführt
- 1830 Juli-Revolution: In Frankreich wird ein Wahlkönigtum eingeführt
- 1832 Das Hambacher Fest: Höhepunkt der nationalen und liberalen Bewegung

Das Wartburgfest - Blick zurück nach vorn

Der erste spektakuläre Auftritt der nationalen und liberalen Bewegung in den deutschen Staaten war das Wartburgfest von 1817. Organisiert hatten es die national gesinnten Burschenschaften, die allmählich die herkömmlichen landsmannschaftlichen Studentenverbindungen nach dem Vorbild der 1815 in Jena gegründeten Ur-Burschenschaft ablösten. Materiell vom Landesherrn, Großherzog August von Sachsen-Weimar-Eisenach unter-

stützt, feierten am 18./19. Oktober 1817 etwa 500 (meist evangelische) Studenten aus elf Universitäten das Gedenken an die Völkerschlacht bei Leipzig und das 300-jährige Reformationsjubiläum in einem Fest auf der Wartburg bei Eisenach. Rückblickend beschworen sie die militärische Befreiung des Vaterlandes und die geistig-religiöse Befreiung durch die Reformation, um daraus die zukunftsweisenden Forderungen nach nationaler Einheit und Freiheit abzuleiten. Sie kritisierten die

gegenwärtigen nationalen, konstitutionellen und militärischen Verhältnisse und forderten einen nationalen Zusammenschluss. Am Ende der Feier wurden symbolisch mehrere Bücher "undeutscher" Gesinnung" (darunter der Code civil) sowie Symbole der alten Ordnung (darunter ein Korporalsstock und ein Ulanenschnürleib) verbrannt.

Wirkungen und Reaktionen

Während das Fest bei dem liberal und national eingestellten Bürgertum eine wohlwollende Aufnahme fand, empfand es der preußische König als offene Aufforderung zum Aufstand. In Preußen wurden Teilnehmer verhört und verfolgt und im Dezember 1817 schließlich die Burschenschaften verboten. Trotzdem konnte am 18. Oktober 1818 in Jena die Allgemeine deutsche Burschenschaft gegründet werden. Ihr Symbol wurde die rot-schwarzrote Fahne mit einem goldenen Eichenzweig. Zum Wahlspruch bestimmten sie die Worte "Ehre, Freiheit, Vaterland".

Vom Herbst 1818 an planten die Regierungen bundesweite Maßnahmen gegen die Opposition. Gründe für das Vorgehen gegen die liberale und nationale Bewegung bot dann ein politisch motiviertes Attentat. Am 23. März 1819 wurde in Mannheim der populäre Lustspieldichter und Berater des russischen Zaren, Karl August von Kotzebue, von dem 23-jährigen Theologiestudenten und Burschenschafter Karl Ludwig Sand aus Wunsiedel (Franken) erstochen.

Die Karlsbader Beschlüsse

Im August 1819 trafen sich im böhmischen Karlsbad Minister aus zehn Bundesstaaten. Unter der Leitung Metternichs verfassten sie Beschlüsse gegen die nationale und liberale Bewegung, die als Bundesgesetze in Kraft gesetzt wurden. Das "Bundes-Universitätsgesetz" stellte Professoren, Studenten und den Lehrbetrieb unter Staatsaufsicht. Die Burschenschaften wurden verboten und ihre Anhänger mit Berufsverboten bedroht. Das "Bundes-Pressgesetz" führte die Vorzensur ein und das "Bundes-Untersuchungsgesetz" schuf eine bundesweit arbeitende Ermittlungsbehörde, die alle politischen Bewegungen beobachtete und verfolgte (→ M1).

Kritische Professoren, Studenten, Beamte und Schriftsteller wurden als Demagogen¹ denunziert, verfolgt und inhaftiert. Die Burschenschaften lösten sich auf oder gingen in den Untergrund. Die erste Welle von Intellektuellen wanderte aus. Auf Jahre hinaus kam die nationale und liberale Bewegung zum Erliegen.

Die Juli-Revolution von 1830 in Frankreich und ihre Wirkung

Auch Frankreich erlebte nach 1815 eine Phase der Restauration. Sie fand 1830 ihren Höhepunkt, als der französische König Karl X., ein jüngerer Bruder des 1793 guillotinierten Ludwig XVI., die Pressefreiheit faktisch aufhob und das Wahlrecht zugunsten der Großgrundbesitzer einschränkte. Im Juli 1830 vertrieben sie ihn, hoben den "Bürgerkönig" Louis Philippe² auf den Thron und gaben sich eine neue Verfassung, die die Wahl des Monarchen durch das Parlament festschrieb.

Die Juli-Revolution beeinflusste die politische Entwicklung in mehreren europäischen Staaten. Sie führte u.a. zur Einführung einer liberalen Verfassung in Belgien, zu Befreiungskämpfen gegen die zaristische Herrschaft in Kongress-Polen, zu Aufständen gegen die habsburgische Regierung in Mittelitalien und zu Parlaments- und Verfassungsreformen in England. Auch in den deutschen Staaten flammte nach 1830 Aufruhr gegen die absolutistisch regierenden Fürsten auf. In Kurhessen, Sachsen, Braunschweig und Hannover konnten neue oder verbesserte Verfassungen durchgesetzt werden. In Baden erreichte die Opposition ein liberaleres Presserecht und eine neue Gemeindeordnung. Nur die Situation in den beiden verfassungslosen Großmächten, in Preußen und Österreich, änderte sich nicht. Dort wurden die lokalen Unruhen militärisch unterdrückt.

Das Hambacher Fest -Volksfest und Volksprotest

Höhepunkt der deutschen Oppositionsbewegung wurde das Hambacher Fest im Mai 1832. Männer und Frauen "jedes Standes" und aus allen "deutschen Stämmen" waren durch die Presse zum "Nationalfest der Deutschen" eingeladen worden. Etwa 30 000 Menschen aus allen Schichten, der größte Teil aus der Umgebung von Neustadt an der Haardt, aber auch Delegationen aus anderen Ländern des Deutschen Bundes, dazu Exil-Polen und Franzosen, feierten an der Hambacher Schlossruine ein Volksfest. Redner nutzten die Gelegenheit, gegen die bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse zu protestieren und die Willkürherrschaft der Fürsten anzuklagen. Sie forderten Volkssouveränität, Pressefreiheit und einen freiheitlichen deutschen Einheitsstaat (→ M2).

Das Hambacher Fest war nicht das einzige liberale Volksfest im Jahr 1832. Etwa dreißig ähnliche Veranstaltungen lassen sich im Deutschen Bund

¹ Demagoge: Volksaufwiegler, Volksverführer

² Louis-Philippe (1773 – 1850) war ein Nachfahre Ludwigs XIV. und zählte zur liberalen Opposition.

nachweisen. Aber kein politisches Fest fand ein so großes Echo wie das Hambacher. Die bayerische Regierung reagierte darauf mit der zeitweisen Ausrufung des Belagerungszustandes in der Pfalz und verhaftete die Hauptredner und Organisatoren. Für Metternich lieferten die Ereignisse den Grund, noch radikaler gegen die nationale und liberale Bewegung vorzugehen. Schon am 5. Juli folgten Bundesmaßnahmen zur "Erhaltung der Sicherheit und Ordnung" (Die "Zehn Artikel"), die die Presse und Versammlungsfreiheit weiter einschränkten. Doch den Bundesbehörden gelang es nicht mehr, die Opposition vollständig zu unterdrücken.

Sieben mutige Professoren

Kein Monarch hatte es gewagt, offen gegen eine einmal erlassene Verfassung zu verstoßen. Nun erklärte König Ernst August von Hannover, der die Regierungsgeschäfte nach dem Tode seines Bruder 1837 übernommen hatte, die 1833 eingeführte Verfassung einseitig für nichtig. Die Öffentlichkeit reagierte empört und sieben Göttinger Professoren¹ fanden den Mut, dagegen schriftlich zu protestieren. Sie sahen in der Handlung des Fürsten einen Rechtsbruch und fühlten sich weiterhin an ihren auf die Verfassung geleisteten Eid gebunden. Ernst August fasste den Protest als Widerstand gegen die Staatsgewalt auf und enthob die sieben Universitätslehrer ihres Amtes. Drei von ihnen (Gervinus, Jacob Grimm und Dahlmann) mussten wegen der öffentlichen Weitergabe des Protestschreibens sogar innerhalb von drei Tagen das Land verlassen.

Die Maßnahme löste in allen deutschen Staaten Empörung aus. Drei Jahre später berief der preu-Bische König Friedrich Wilhelm IV. (1795 – 1861) drei der "Göttinger Sieben" an preußische Universitäten. Obwohl er damit die liberale Bewegung stärkte, ließ er keinen Zweifel daran, dass er von einer Verfassung nichts hielt.

Soziale Unruhen und politische Orientierungen

Politische Brisanz erhielt die liberale und nationale Bewegung durch die zunehmenden sozialen Probleme der 1840er-Jahre. Das Bevölkerungswachstum hatte zu Beschäftigungs- und Ernährungskrisen sowie Massenelend geführt. Die Berichterstattung über den Aufstand der schlesischen Weber von 1844 machte die Not der armen Bevölkerung erstmals überregional deutlich und klagte Unternehmer und Staat direkt oder indirekt an (→ M3). Die Agrar- und Gewerbekrise von 1846/47 ließ die Zahl der sozial und politisch motivierten Unruhen steigen und verunsicherte die Regierungen.

Ende der 1840er-Jahre schlossen sich immer mehr Menschen trotz Zensur und Versammlungsverboten politisch zusammen, zum Teil über die Landesgrenzen hinweg. Dabei hatten sich vier politische Ausrichtungen mit fließenden Übergängen entwickelt: Konservatismus, Liberalismus, demokratischer Radikalismus und Sozialismus. Abgesehen von den konservativen Kräften war allen ein Anliegen gemeinsam: die nationale Einheit. In anderen Fragen gingen die Meinungen schon vor 1848 weit auseinander. Während die Liberalen beispielsweise zwischen konstitutioneller Monarchie und Republik schwankten und das Wahlrecht von Eigentum und Besitz abhängig machen wollten, plädierten die radikalen Demokraten und Sozialisten für eine Republik mit einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht.

	1816- 1829	1830 - 1839	1840 – 1847	Summe
Studenten ² Universität	13	13	5	31
Religion ³	9	20	17	46
Politik ⁴	4	72	33	109
Sozioöko- nomisch ⁵	3	28	103	134
Summe	29	133	158	320

Volksunruhen in Deutschland 1816-1847. Nach Richard Tilly, Kapital, Staat und sozialer Protest in der deutschen Industrialisierung, Göttingen 1980, S. 154 (gekürzt)

Unter "Unruhen" versteht der Historiker Richard Tilly "kollektive Ruhestörung mit physischer Gewaltanwendung", als Quelle benutzte er ausgewählte Zeitungen, insbesondere die "Augsburger Zeitung".

Skizzieren Sie die Entwicklung des Protestverhaltens.

¹ Folgende Professoren waren beteiligt: der Staatsrechtler Wilhelm Albrecht (1800-1876), die Historiker Friedrich Christoph Dahlmann (1785-1863) und Georg Gottfried Gervinus (1805–1871), die Sprach- und Kulturforscher Jacob Grimm (1785-1863) und Wilhelm Grimm (1786-1859), der Orientalist Heinrich Ewald (1803-1875) und der Physiker Wilhelm Weber (1804-1891).

Studenten waren entweder Hauptakteure, oder Studenten- bzw. Universitätsangelegenheiten waren Hauptobjekte des Konflikts.

³ Religion war, zumindest vorgeblich, Hauptobjekt des Konflikts.

⁴ Der Protest war gegen den Staat mit seinen Organen gerichtet, um politische Änderungen durchzusetzen (Auswechseln eines bestimmten Staatsbeamten, Forderung nach einem neuen Gesetz).

⁵ Gewalttätige Streiks, Brotkrawalle, Maschinenstürmerei, massenhaftes gesetzwidriges Betreten von Wäldern und Feldern, Steueraufruhr und Tumulte, die deutlich mit einer bestimmten sozioökonomischen Gruppe verbunden waren, z.B. Angriffe von Armen auf Reiche.